

# N

NACHRICHTEN

## Kurznachrichten

Mehr unter [suedostschweiz.ch](http://suedostschweiz.ch)



ATHEN

### Generalstreik in Griechenland

Die griechischen Gewerkschaften haben mit einem landesweiten Streik gegen die Sparpolitik der Regierung Front gemacht. Das öffentliche Leben kam gestern durch den «Generalstreik», wie ihn die Gewerkschaften nannten, weitgehend zum Erliegen. Es war der erste grössere Streik gegen die Politik des linken Regierungschefs Alexis Tsipras. In Athen gingen Polizeischätzungen zufolge 250 000 Menschen auf die Strassen. Sie protestierten gegen Sparmassnahmen, die Tsipras Geldgebern im Gegenzug für weitere Milliardenhilfen zugesagt hatte. (sda)

BERN

### Gegen Skihersteller Völkl und Fischer wird ermittelt

Der Streit zwischen Otto's und dem Skihersteller Fischer um im Ausland eingekaufte Skis zieht weitere Kreise. Im Visier der Wettbewerbskommission (Weko) ist neuerdings nicht nur Fischer, sondern auch der Skihersteller Völkl. Die Weko hat am letzten Donnerstag in beiden Fällen eine Vorabklärung eingeleitet, wie gestern bekannt wurde. Der Verdacht ist, dass Völkl und Fischer versucht haben, Parallelimporte zu unterbinden. Ins Rollen kam der Fall Ende Oktober. (sda)

BASEL

### Der Pharmakonzern Roche investiert in der Schweiz

Roche trennt sich von vier Produktionsstandorten in Irland, Spanien, Italien und den USA: 1200 Stellen sind betroffen. Um Arbeitsplatzverluste zu minimieren, sucht der Pharmakonzern nun nach Käufern für die Fabriken. Bis 2021 werde der Ausstieg 1,6 Milliarden Franken kosten, teilte Roche gestern mit. In diesem Jahr würden die direkten Kosten schätzungsweise bei bis zu 800 Millionen Franken liegen. Derweil investiert Roche 300 Millionen Franken für den Ausbau einer Produktionsstätte im aargauischen Kaiseraugst. (sda)

BERN

### Initiative für Tempo 140 auf der Autobahn gescheitert

Die Volksinitiative für Tempo 140 auf der Autobahn ist gescheitert. Die Initianten werden es nicht schaffen, bis zum Ende der Sammelfrist am 20. November die nötigen 100 000 Unterschriften einzureichen. «Wir haben knapp 95 000 Unterschriften gesammelt», sagte Initiant Marco Schläpfer gestern auf Anfrage der Nachrichtenagentur SDA. (sda)

BERN

### Wasserfallen und Cassis wollen FDP-Fraktion leiten

Mit dem Tessiner Ignazio Cassis und dem Berner Christian Wasserfallen stehen der FDP-Bundeshausfraktion zwei Kandidaten für das Fraktionspräsidium zur Verfügung. Die Wahl findet Ende nächster Woche statt, wie die FDP gestern mitteilte. Cassis gehört dem Nationalrat seit Juni 2007 an, seit 2011 ist er Vizepräsident der Fraktion. Der 54-jährige Mediziner hat sich im Nationalrat mit sozial- und gesundheitspolitischen Themen einen Namen gemacht. Der 34-jährige Wasserfallen sitzt seit 2007 im Nationalrat und ist seit 2012 Vizepräsident der FDP. Der Maschineningenieur engagiert sich in der Medien- und der Bildungspolitik, schwergewichtig aber in der Energiepolitik. (sda)

### Blieben Sie tagsüber auf dem Laufenden

Über die Kanäle der Südostschweiz sind Sie stets gut informiert und unterhalten.



Online [suedostschweiz.ch](http://suedostschweiz.ch)



Facebook [Zeitung Südostschweiz](https://www.facebook.com/zeitung.suedostschweiz)



Twitter [@suedostschweiz](https://twitter.com/suedostschweiz)

# Eine kleine Branche springt in die Sicherheitslücke

Die Sparwellen beim Staat und der allgemeine Wohlstand in der Schweiz zeitigen eine Gewinnerin: die private Sicherheitsbranche. Sie wächst seit 20 Jahren um rund fünf Prozent pro Jahr – Tendenz haltend.

von Hans Peter Putzi

Wer kennt sie nicht, die Securitas? 1907 wurde sie gegründet, die «Mutter» aller privaten Schweizer Sicherheitsunternehmen. Über 100 Jahre Security-Know-how sammelte die Securitas also bereits. Während des Zweiten Weltkriegs stand sie zur Bewachung kriegswichtiger Infrastrukturen im Einsatz – und seit 2001 führt sie auch interkantonale Gefangenentransporte aus.

Über Jahrzehnte durfte sich die Securitas über ein Quasi-Monopol freuen, ihr erwuchs kaum Konkurrenz in der privaten Sicherheitsbranche. So wurden 1995 schweizweit erst 310 private Sicherheitsunternehmen gezählt, wie Matthias Bieri, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Center for Security Studies an der ETH Zürich, sagt. Das ist aber eine längst vergangene Zeit. In den letzten 20 Jahren sprangen über 500 neue Betriebe in die sich öffnende Marktlücke. Bereits 818 Unternehmen waren 2015 registriert.

### Weniger Personal, mehr Aufgaben

Es ist eine Lücke, die sich einerseits durch die gesellschaftliche Entwicklung aufatmet. «Der Wohlstand der Schweizer Bevölkerung steigt. Und steigt die Summe der angekauften Besitztümer, nimmt auch der Wunsch zu, diese zu schützen», sagt Bieri. Andererseits ist es die öffentliche Hand, die kräftig mithilft, das Tummelfeld für die privaten Securitys auszudehnen. Bieri: «Seit mehreren Jahren sind die Polizeibestände unterdotiert, 2013 eruierte man in der Schweiz einen Minusbestand von 2000 Polizisten.»

Doch gleichzeitig werden die Aufgaben der Ordnungshüter stets erweitert. Bieri spricht von neuen Tatbeständen in der häuslichen Gewalt, die von Amtes wegen verfolgt werden müssen. Oder von sehr personalintensiven Einsätzen rund um Sport- und sonstige Grossanlässe. «Und der administrative Aufwand für die Polizei ist in den letzten Jahren deutlich angewachsen.»

### Berufsprüfungen sind freiwillig

Zusätzliche Aufgaben, Spardruck und die damit einhergehende fortschreitende Zentralisierung der Polizeistrukturen – staatliche Stellen sehen primär einen Ausweg: Sie lagern vermehrt vor allem ordnungspolizeiliche und ausbildungssärmere Aufgaben an die Privaten aus. Die aus aktuellem Anlass

«Private Sicherheitsdienste können nicht die Qualität der Polizei anbieten.»

Matthias Bieri

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Center for Security Studies der ETH

nötige Sicherheits-Gewährleistung für und die Überwachung von Flüchtlingen wird diesen Trend weiter anheizen.

Die Privaten wissen sich zu formieren – und nehmen die Gelder aus den Staatskassen gerne. 2002 erzielte die private Sicherheitsbranche einen Umsatz von 450 Millionen Franken, 2013 überschritt dieser bereits die Milliardenengrenze. Eine baldige Plafonierung ist nicht abzusehen. «Man geht weiterhin von einem jährlichen Branchenwachstum von vier bis fünf Prozent aus», sagt Bieri.

Zu Bieri's Forschungsgebieten zählt auch die Schweizer Sicherheitspolitik. Er beurteilt den Aufstieg der Privaten aufmerksam – und zwiespältig. Obwohl seit 2001 respektive 2004 Berufsprüfungen im Bereich Sicherheit, Bewachung, Personen- und Objektschutz angeboten werden, könnten private Betriebe nie den gleichen Schutz gewährleisten wie die Polizei, gibt er zu bedenken. «Nur schon die Tatsache, dass eine private Security-Unternehmung im Gegensatz zur Polizei gewinnorientiert arbeiten muss, lässt

erahnen, dass Private nicht die gleich hohe Qualität wie die Polizei bieten können.»

Bieri's Vorbehalte werden auch dadurch gestützt, dass die Absolvierung der Berufsprüfung keine Voraussetzung für die Tätigkeit in der Sicherheitsbranche ist. Das Beispiel der vor drei Jahren in den SBB-Zügen als Sicherheitspatrouillen eingesetzten, verurteilten Straftäter, unterstreichen Bieri's Bedenken.

### Viele Grauzonen

Neben der tieferen Qualität wirft der Hang zur Privatisierung von Polizeiaufgaben rechtliche Fragen auf. Bieri spricht von vielen Grauzonen. «Die Tatsache, dass private 'Polizisten' Strafolgen nur androhen dürfen, aber nicht selbst durchsetzen, ist den betroffenen Einwohnern oft unbekannt.» Diese fügen sich meist in Unkenntnis ihrer Rechte den Securitys. Für den Bürger ist es schwer verständlich, dass ein Privater bei der Ausübung polizeilicher Aufgaben andere Rechte hat als ein Polizist. Zudem könne es auch sein, dass man den gleichen privaten Sicherheitsleuten in verschiedenen Situationen begegne, und die Sicherheitsleute je nach Situation andere Rechte haben.



FRAGE DES TAGES

Zu tiefe Polizeibestände: Befürworten Sie einen freiwilligen Polizeidienst?

Stimmen Sie heute bis 18 Uhr ab: [suedostschweiz.ch](http://suedostschweiz.ch)



Die Polizei hat keine Kapazitäten: Private Sicherheitsleute müssen deshalb ankommende Flüchtlinge instruieren.

Bild Gabriele Putzi/Keystone

### Freiwilliger Polizeidienst als Lösungsansatz?

Die polizeilichen Aufgaben in der Schweiz dürften mit der grassierenden Regulierungswut weiter ansteigen. Sicherheitsexperten diskutieren daher seit wenigen Jahren die Einführung eines freiwilligen Polizeidienstes, ähnlich dem freiwilligen Feuerwehrdienst. So hält Markus Mohler, früherer Kommandant der Kantonspolizei Basel-Stadt und ehemaliger Lehrbeauftragter für

Sicherheits- und Polizeirecht an den Universitäten Basel und St. Gallen diesen Lösungsansatz für ein denkbares Grundmodell. In Deutschland und den Niederlanden sind bereits freiwillige «Polizisten» im Einsatz. In Deutschland sind es laut ETH-Sicherheitsforscher Matthias Bieri 2700 Personen, in den Niederlanden 2500. «Die Freiwilligen ermöglichen gerade in Spitzenzeiten

eine rasche, temporäre Aufstockung der Bestände», nennt Bieri den wichtigsten Vorteil. Aus rechtlicher Sicht würden sich kaum grössere Probleme stellen, «solange klare Rahmenbedingungen geschaffen würden», sagt er. Die Ausbildung, die Definition von Kompetenzen und die Frage des Waffentragens fallen unter diese Rahmenbedingungen. «Bei einem solchen Modell

müssten aber von Beginn an enge Grenzen gesetzt werden.» Aus politischer und gesellschaftlicher Sicht beurteilt Bieri einen freiwilligen Polizeidienst momentan als weniger realistisch. In letzter Zeit werde vermehrt schwindendes freiwilliges Engagement der Bevölkerung beklagt, die Rekrutierung könnte sich darum schwierig gestalten, glaubt Bieri. (hape)